

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Er erscheint 2mal täglich, aus Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M., durch Träger u. andere Vertretungen frei im Haus monatlich 1,75 M., vierteljährlich 5,25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1,75 M., vierteljährlich 4,95 M. ohne Postgebühr. Einzelnummer 10 Pf.

Amtes Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Ritschstr. 11. (Gerichtstr. 25/26, 2510, 2517. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 30 Pf., Restland 1,25 M.; außerhalb 35 Pf., Restland 1,75 M. Seilenspreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 60 Pf. pro 1000.

Nummer 366

Samstag, 9. August 1919.

73. Jahrgang

Offizielle Bekanntmachung.

Der kommandierende General der X. Armee hat, wie bekannt, zahlreiche Verkehrserschwerungen annehmen lassen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Verkehrserschwerungen betr. Reisen aus dem besetzten Gebiet nach dem unbesetzten Deutschland und umgekehrt nicht nur für die Eisenbahn, sondern für jede Art des Verkehrs gelten. Jedoch müssen zur Vervollständigung der gefügigen Bekanntmachung folgende wichtige Bestimmungen hinzugefügt werden:

1. Verkehrsfreiheit bei Tag und Nacht ist nur für das Gebiet der X. Armee gültig.
 2. Die Gefühle um Reiseerlaubnisse nach Frankreich oder den alliierten Ländern müssen wie bisher dem Herrn Administrator des Kreises eingereicht werden.
 3. Das Ausstellen der Dauerpässe (cartes de frontalière) geschieht unter denselben Bedingungen wie bisher.
- L'Administrateur du Cercle de Wiesbaden-Villa.
Signé: Toussan.

Letzte Nachrichten

Drahtmeldungen der „Wiesbadener Zeitung“.

General Mangin Oberbefehlshaber.

mx. Als Oberbefehlshaber in den Rheinlanden wird jetzt von mehreren Blättern General Mangin genannt.

Japans Schantungpolitik.

mx. Amsterdam, 8. Aug.

Nach einer Times-Meldung aus Washington veröffentlichte Wilson ein Schreiben des japanischen Botschafters Makino Chiuda vom 30. April, in dem es u. a. heißt: Die Politik Japans geht dahin, die Schantung-Halbinsel in voller Souveränität an China zurückzugeben. Japan behält nur die wirtschaftlichen Vorrechte, die Deutschland verliehen worden sind und das Recht, unter den üblichen Bedingungen Niederlassungen in Tsinan zu errichten.

Die Wiener Attentatsgeschichte eine Fälschung.

mx. Wien, 8. Aug.

Die Korrespondenz Wilhelm meldet zu dem angeblich geplanten Attentat auf die Staatsfunktionäre: Geklärt ist die Wiener Gemeinderat polizeiliche Anzeige, daß, wie er erfahren habe, ein Kanalschiff des Staatsamts zu einem Anschlag auf hohe Staatsfunktionäre gedungen und hierzu auch mit Waffen versehen worden sei. Der Kanalschiff wurde ausgemacht und verhaftet. Er gab anfangs an, daß er tatsächlich zur Verübung des Anschlages gedungen worden sei. Weitere polizeiliche Nachforschungen ergaben aber die Unmöglichkeit der Erzählung und der Kanalschiff gab schließlich zu, daß die Geschichte erfunden zu haben. Nach der ärztlichen Untersuchung muß er als anormal bezeichnet werden.

Die politischen Morde in Stockholm.

mx. Stockholm, 8. Aug.

Die Untersuchung in der russischen Mordaffäre in Stockholm fördert täglich neue sensationelle Enthüllungen zu Tage. Die Polizei hat in dem See bei der Villa des Rosenbergs die Leichen von drei Ermordeten gefunden. Alle drei sind Russen, die mit der bolschewistischen Regierung in Moskau unmittelbar oder mittelbar in Verbindung standen. Nach einer Blättermeldung haben auch mehrere Mitglieder der Mordkommission in Stockholm angegeben, daß ihre Vereinigung eine der bedeutendsten Organisationen sei, die sich weit über Skandinavien erstreckte. Der offizielle Name der Mordkommission in Stockholm ist: Internationale Abteilung des internationalen Bundes für Wiederherstellung des Parentums in Russland. Der Mittelpunkt der Zeitung der ganzen Organisation befindet sich in Finnland. Die schwedische Presse befaßt sich eingehend mit den Vorgängen und verlangt eine durchgreifende Untersuchung.

Das Bolschewitentum in Portugal.

mx. Bern, 8. Aug.

Der „Temps“ meldet aus Lissabon: In der ganzen Provinz und in Lissabon selbst dauern die verbrecherischen Brandstiftungen an. Am Mittwoch von Lissabon brach ein Brand aus. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Der Streik in Basel beendet.

mx. Basel, 8. Aug.

Das Aktionskomitee der Streikenden beschloß, den Streik heute um Mitternacht für beendet zu erklären.

mx. Zürich, 8. Aug.

Schweiz, Depeschagentur: Der Zentralverband des Schweizerischen Textilarbeiterverbandes hat die Forderungen des Arbeiterverbandes der Seidenindustrie angenommen und hat die Parole auf Abbruch des Streiks telegraphisch ausgegeben.

Eine amtliche Erklärung der englischen Regierung.

Wir haben bereits kurz auf die Erklärung hingewiesen, die der Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen im englischen Unterhaus über das angebliche Friedensangebot Englands abgegeben hat. Zur Klärung der Frage, ob Erzberger Recht hatte, als er der damaligen deutschen Regierung den schweren Vorwurf machte, eine Gelegenheit, zu einem guten Frieden zu kommen, verpasst zu haben, sind die englischen Mitteilungen wertvoll genug, um sie vollständig und in wortgetreuer Uebersetzung wiederzugeben. Sie lauten:

„Die Regierung hat die Absicht, dem Parlament mündlich bald die Aktenstücke zu dieser Angelegenheit vorzulegen. Am 21. August 1917 erhielt der britische Gesandte beim Vatikan den Auftrag, den Kardinalstaatssekretär davon in Kenntnis zu setzen, daß die britische Regierung nicht sagen könnte, welche Antwort auf die Friedensnote des Papstes gegeben werden würde. Denn sie habe noch nicht ihre Verbündeten befragen können. Auf jeden Fall scheint es unnütz, die Vermittlung eines Einvernehmens unter den Kriegführenden zu suchen, bevor nicht die Zentralmächte einige Angaben über die Ziele gegeben hätten, für welche sie den Krieg führten.“

In seiner Antwort schränkte der Kardinalstaatssekretär Gasparri das Feld der Diskussion ein, indem er, sich auf die Resolution des Reichstags zu Gunsten eines Friedens ohne Annexionen stützend, anzeigte, daß die deutsche Regierung ihre Absicht kundgegeben habe, die Unabhängigkeit Belgiens wiederherzustellen.

Der Graf Salis bemerkte, daß die britische Regierung keinen authentischen Text dieses Dokumentes besitze, das übrigens nicht genügend sei, da der Reichstag nicht die Macht habe, in diesem Punkte zu entscheiden.

Am 24. August hat der Kardinalstaatssekretär, daß auf das Telegramm der britischen Regierung folgende Antwort geantwortet werde:

Der Kardinalstaatssekretär behält sich vor, auf das Telegramm zu antworten, nach dem er von Deutschland eine formelle Erklärung über Belgien erhalten haben werde. In dem Abgange er es eingeladen hatte. Der Kardinal fragte den Grafen Salis um seine Meinung über diese Antwort. Letzterer, in der Auffassung, daß nichts entgegenstand, wenn er seine persönliche Meinung äußerte, antwortete, daß eine solche Erklärung über Belgien wünschenswert sei; denn die Frage sei wichtig, besonders bei Großbritannien. Aber der Kardinal möge sich auch bewußt bleiben, daß das nur einer der zahlreichen Streitpunkte zwischen den Kriegführenden sei.

Als die englische Regierung von dieser Unterredung des Grafen Salis Bericht empfing, war sie der Ansicht, daß es inopportun sei, sich in eine Teildiskussion dieser Frage einzulassen und daß die Zentralmächte ihre Friedensbedingungen im einzelnen kundgeben müßten, wenn sie zu Verhandlungen bereit wären. Der Graf Salis erhielt also Auftrag, in keiner Weise in die Unterhandlungen zwischen dem Vatikan und Deutschland einzugreifen und seine Meinung zurückzuhalten, wenn man ihn von neuem danach fragte. Die Angelegenheit blieb dabei stehen, denn die deutsche Regierung gab keine Erklärung über Belgien.

Es ist also klar, daß die britische Regierung zu diesem Zeitpunkt Deutschland keine Chancen machte. Aber sie war selbstverständlich bereit im Einvernehmen mit ihren Verbündeten jeden aufrichtigen, auf den Frieden zielenden Vorschlag zu prüfen, den sie von der deutschen Regierung hätte erhalten können.

Die englische Regierung gibt hier klar zu, daß sie Deutschland keine Chancen gemacht habe. Im übrigen ist der wenig durchsichtige diplomatische Ton unklar genug, um der Auseinandersetzung, die sich auf diese Erklärung hinzieht, die Möglichkeit zu geben, verschiedenen Auffassungen zu folgen. Sicher erscheint uns jetzt jedenfalls, daß von einem englischen Friedensangebot im August 1917 keine Rede mehr sein kann. Nicht einmal von einem englischen Friedensschlichter. Es handelt sich um eine Antwort der englischen Regierung auf die Friedensnote des Papstes; und die Antwort lautete, daß die englische Regierung noch nicht sagen könne, welche Antwort sie geben werde. Der Kardinalstaatssekretär glaubte in der Begründung dieser negativen Antwort (Mangel der Bekanntgabe der Friedensnote der Zentralmächte) oder einen Weg finden zu können, der vielleicht zu Verhandlungen führen könnte. Er beschränkte die Summe der Ziele zunächst auf die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens und meinte, daß in der Friedensresolution des Reichstags (Friede ohne Annexionen, Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens) ein annehmbarer Weg zu finden sei. Hier wichen sowohl der englische Gesandte beim Vatikan wie auch die englische Regierung selbst aus. Sie wollten ihrerseits nichts tun, was als Friedensschritt angesehen werden könnte, weder ein Friedensangebot machen, noch einen Friedensschlichter austreten. Trotzdem gab die deutsche Regierung, wie aus den zahlreichen Veröffentlichungen der letzten Zeit hervorgeht, eine Erklärung ab, welche die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens garantierte. Da Herr Erzberger von den Unterhandlungen beim Vatikan und der Schritte des Kardinalstaatssekretärs schon vor der deutschen Regierung Kenntnis erhalten hatte, und diese daher befürchtete, daß dem Allerpapstschiff, man auch die Stellungnahme der Regierung, wenn die den Vatikan zur Vermittlung bekannte nicht verborgen blieb, entzogen sie sich einem neutralen Diplomaten um die Abstimmung mit der englischen Regierung zu erlangen, was hat nichts genutzt; die Mitteilungen bezw. Vorschläge, die Deutschland machen ließ, haben zu Verhandlungen nicht

geführt. Wenn der Weg, der von der deutschen Regierung eingeschlagen wurde, der Aufnahme von Verhandlungen hinderlich gewesen sein sollte (was aber nach der jetzt genügend geklärten Gesamtlage nicht der Fall ist), so trägt lediglich Herr Erzberger die Schuld daran. Denn die Furcht vor seinen verderblichen Indiskretionen und seiner Neigung, Nebenregierung und Schiedsamt zu spielen, haben die deutsche Regierung abgehalten, den Weg über Rom zu nehmen und sie veranlaßt, eine andere neutrale Stelle, an die Erzberger nicht heranfonnte, mit der Vermittlung zu betrauen.

Blutiger Aufruhr in Chemnitz.

mx. Chemnitz, 8. Aug.

Ueber Chemnitz wurde gestern ausführlich schwerer Ausschreitungen der Bevölkerung der verschärfte Lage: rnungsaufstand verhängt.

Seit Samstag haben in Chemnitz in der Hauptsache wegen mangelhafter Lebensmittelversorgung Demonstrationen stattgefunden, die am Donnerstag Abend einen starken Charakter annahmen. Trotz Verbots hatte sich am Nachmittag auf dem Königsplatz eine große Demonstration versammelt, in der aufstrebende Reihen gehalten wurden. Die Sicherheitswehr war der Menge gegenüber machtlos. Ein Teil der Demonstranten begab sich zum Gerichtsgelände, befreite, da die Sicherheitswehr nicht zur Stelle war, die dort festgehaltenen Kommunisten. Ein Teil der Demonstranten zog mit ihnen in das Innere der Stadt. Ein Trupp Reichswehr, der eingesetzt worden war, wurde von der Menge zerstreut und ihm ein Maschinengewehr abgenommen.

Aus der Menge heraus wurde gegen die Truppe eine Handgranate geworfen, durch die zehn Personen, darunter drei Kinder, am Teil schwer verletzt wurden.

Die Lebensmittelkrawalle haben einen politischen Charakter angenommen. Um die Unruhen zu unterdrücken, wurden Reichswehrruppen von außerhalb herangezogen. Als diese heute Nachmittag am Bahnhof angeladen werden sollten, erschossen die Tumultuanten, die Maschinengewehre und andere Waffen in ihrem Besitz hatten, ein regerliches Feuer auf die Truppen. Infolge des nun unerwarteten Angriffes wurde eine kleine Abteilung gefangen genommen.

Bei dem Zusammenstoß gab es auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Ein Teil der Waffen der Reichswehrruppen fiel in die Hände der Tumultuanten.

Der Streikwahn.

mx. Berlin, 8. Aug.

Der neue drohende Streik der Eisenbahner in Mitteldeutschland wird von allen Blättern sehr ernst genommen. Während das preussische Eisenbahnministerium sich an der Erfurter Vereinbarung gehalten hat, haben die Führer der Erfurter Bewegung schon im vorigen Monat mit der Bildung eines Streikbündes für Mitteldeutschland begonnen. Agitationsreisen wurden, wie die „Voss. Ztg.“ bemerkt, unternommen, um die Beamten zu bewegen, sich dem Streikbünd anzuschließen. Häufig ist auch von den Mitteln der Drohung Gebrauch gemacht worden. Eine Rahmlegung unseres Transportwesens, auch für kurze Zeitdauer könnte der Todesstoß für das erschöpfte Deutschland werden.

Die christlichen Gewerkschaften gegen Dörten.

Das Kartell der christlichen Gewerkschaften Köln erläßt folgenden Aufruf an seine Mitglieder: „Freunde, die Augen auf! Wiederum versuchen politische Heißsporne in der Rheinland-Frage eine vorübergehende Entschleierung herbeizuführen. Unter dem Tarnwort Dörten, das fast genug, seit diesen wankelmütigen Volksagenden die unabänderliche Treue zu einem einzigen Vaterland entgegen! Weist ihr Sturmläufen gegen die unter schweren Mühen zustandgekommene Reichsverfassung zurück! Der Kartellvorstand.“

Das Saß ohne Boden.

mx. Berlin, 8. Aug.

Nach einer Meldung des „Volkswachters“ aus Dresden will die Reichsregierung neue große Mittel bereitstellen zum Zwecke der weiteren Verbilligung der Lebensmittel.

Schiebewaren beschlagnahmt.

mx. Berlin, 8. Aug.

Auf der Insel Hien sind für 300-400 Millionen Schieberwaren beschlagnahmt worden. Gleiche Nachforschungen sollen auch in den anderen norddeutschen Grenzgebieten vorgenommen werden.

Die Blockade gegen Ungarn aufgehoben.

mx. Amsterdam, 7. Aug.

Reuter meldet: Der Oberste Rat in Paris hat beschlossen, die Blockade gegen Ungarn aufzuheben.

Stiebboden, 9. August.

Haupstortell in Viehrich. Zu dem am Sonntag, 10. Ans.
in Viehrich am dem Tag. Unterhossig hatfindenden Ganten-
und Hund am 150 Weidner. In der Ganten- und Hund-
entfremden einmachten. Für die 400 Meter-Zeile, haben 12
Reine, die 8000 Weier-Zeile 5 Reine gemeldet. Es sind
in alle Anstaltvereine der Städte, welche der Gau umfasst,
Reichthum, Döcht, Griesheim uim. vertreten. Die Vorkämpfe

Allen Bogenhagen nach der Frühmesse.
Maria-Hilf-Pfarrkirche. St. Pflaum von 6.00 und 7.00 Uhr (gemeinsame
 H. Kommunion der Heuauktionen), Kinder Gottesdienst (Hm) um
 6.45 Uhr. Sonntag mit Predigt um 10 Uhr. Nachmittags 2.15 Uhr Abend
 zur H. Familie; um 3.30 Uhr ist in der Kapelle des Johannistages Ka-
 nach mit Predigt. — Freitag, Fest Maria Himmelfahrt, gebotener Feier-
 nach, Gottesdienstsordnung wie am Sonntag. Nachm. 2.15 Uhr ist Kutter-
 vortragsabend. An den Bogenhagen sind die H. Messen um 6.15 und 6 Uhr.
 — Festtagsgelegentlich: Sonntagswort von 6 Uhr an, Donnerstag von
 5-7 u. nach 8 Uhr, Samstag v. 4-7 u. nach 8 Uhr. Samstag 6 Uhr Salve.
Pfarrkirche zur H. Dreifaltigkeit. 6.30 Uhr Frühmesse, 8 Uhr zweite
 H. Messe, 10 Uhr Kindergottesdienst (H. Messe mit Predigt). 10 Uhr
 Sonntag mit Predigt. — Nachm. 2.15 Uhr Abend um die H. Josef. Abends
 8 Uhr Rosenkranzabend. — An den Bogenhagen ist die H. Messe um

Hauptgeschäftsführer: Bernhard Großhau.
Brennmoeth für deniente und gewöhnliche Vorkist. B. Großhau,
für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Teil.
H. C. Eisenberger für Stadt- und Landwirtschaften, Gericht
Sperl; Heinz Wörrens; für die Angewandte: Joh. Sailer,
sämtlich in Wiesbaden.
Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G.m.b.H.

Gendarmerie-Wachtmeister in Erbenheim.

Schwarze Kleider
Schwarze Blusen
Schwarze Röcke
Trauer-Hüte
Trauer-Schleier
Trauer-Stoffe
von der einfachsten bis zur
eleganteſten Ausführung.

Blumenthal

Obst-
Einkochkessel
in Messing u. Kupfer
Grösste Auswahl
billigst.
P. J. Fliegen
Kupferschmiederei
Wagemannstr. 37
Ecke Goldgasse.
Telephon 52.

Der Magistrat, 1250